



Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e. V.  
Bleckenstedter Straße 24 · 3320 Salzgitter 1

**Büro:**  
Bleckenstedter Straße 24  
3320 Salzgitter-Bleckenstedt  
Tel.: 05341 - 67492

**Öffnungszeiten:**  
Montag bis Freitag 16 - 18 Uhr  
Dienstag 11 - 13 Uhr

**Bankverbindungen:**  
PGiroA Hannover Nr. 378752 - 308  
BLZ 250 100 30  
NORD/LB Wolfenbüttel  
Nr. 9344 250, BLZ 250 500 00

Material zur gewerkschaftlichen und betrieblichen Diskussion 1,2

15. Juni 1989

## **Material**

### **zur betrieblichen und gewerkschaftlichen Diskussion über Schacht Konrad**

1. Zum Stand von Atomenergie und Entsorgung
2. Gefährdungspotential
3. Bedeutung für die Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur
4. Zur aktuellen Lage

Die **Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD** ist ein Zusammenschluß von Kommunen, Parteigliederungen und PolitikerInnen, kirchlichen Gruppen und Zusammenschlüssen, Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, Interessenvertretungen von Landwirten, Ärzten und AnwältInnen und Einzelpersonen, die die Endlagerung von Atommüll in Südniedersachsen ablehnen und einen betreiberunabhängigen Beitrag zur öffentlichen Diskussion liefern wollen.

Meinungsumfragen seit Tschernobyl belegen konstant, daß 3/4 der Bevölkerung keine weitere Nutzung der Atomenergie wollen (1/4 der Bevölkerung will sogar einen schnellen Ausstieg aus dieser Technik). An diese Mehrheit der Bevölkerung wendet sich die AG Schacht KONRAD.

Die gewerkschaftliche und betriebliche Diskussion erscheint uns in diesem Zusammenhang aus zwei Gründen besonders wichtig. *Erstens* sind die Kolleginnen und Kollegen, die rund um KONRAD arbeiten vom Gefährdungspotential der Anlage besonders betroffen und prinzipiell stellt sich die Frage nach der strukturellen Auswirkung solcher Anlagen. *Zweitens* stellt sich die Frage, welchen Einfluß Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen überhaupt auf die Entwicklung der Produktion und Anwendung von Techniken nehmen können und wollen, zumal wenn diese gefährlich, negativ für die strukturelle Entwicklung und politisch nicht gewollt sind.

Peter Dickel, Referent für Öffentlichkeit, Presse und Information



## 1. Atomenergie und Entsorgung

### Entsorgungskonzept und Entsorgungskonsens

Seit 1957 wird die Nutzung der Atomtechnik in der BRD betrieben. Erst 1974 wurde ein Entsorgungskonzept vorgelegt und in das Atomgesetz eingefügt. Als Standort für ein *Nukleares Entsorgungszentrum*, das die Wiederaufarbeitung und die gesamte Endlagerung umfassen sollte, wurde 1976 Gorleben benannt. Nach heftigen Auseinandersetzungen erklärte Ministerpräsident Albrecht das Projekt im Mai 1979 für "politisch nicht durchsetzbar". Im Herbst 1979 verabschiedeten die Regierungschefs von Bund und Ländern eine *Vereinbarung über die Entsorgung*. Sie ist bis heute gültig und umfaßt neben Wiederaufarbeitung und Endlagerung auch Zwischenlager (bis heute nicht im Atomgesetz verankert) und Verträge mit ausländischen Wiederaufarbeitungsanlagen als Entsorgungsmöglichkeiten. Für die Wiederaufarbeitungsanlage wurden nacheinander 13 Standorte im gesamten Bundesgebiet benannt, aber wegen heftigen Widerstandes der örtlichen Bevölkerung wieder verworfen. Der Bau des Endlagers in Gorleben erweist sich (wie von unabhängigen Wissenschaftlern vorhergesagt), als sehr schwierig und steht seit einem schweren bergtechnischen Unfall 1987 faktisch still. Die Zwischenlager sind juristisch umstritten, weil ihre Inbetriebnahme ohne vorhandene Endlager sie faktisch zu Endlagern machen könnte. Das einzige, technisch mittelfristig zu realisieren Endlager wäre jedoch Schacht KONRAD. Damit ist das Entsorgungskonzept von 1979 praktisch nicht mehr existent und der Entsorgungskonsens der Parteien zerbrochen.

### Entsorgungsnachweis

Wer Atomanlagen betreibt, muß laut Atomgesetz nachweisen, daß die Entsorgung gesichert ist. Dies braucht jedoch zunächst nur für einen Zeitraum von 6 Jahren geschehen und muß dann kontinuierlich für 6 Jahre fortgeschrieben werden. In den Betriebsgenehmigungen aller Atomanlagen seit 1979 werden Gorleben, ASSE, KONRAD, die BRD-Wiederaufarbeitungsanlage und Auslandsverträge, sowie die Zwischenlager als Entsorgungsnachweis genannt. Keine der deutschen Anlagen ist bisher im Betrieb, trotzdem wird politisch behauptet, die Entsorgung sei gesichert.

### Schacht KONRAD

KONRAD wurde seit 1976 zusätzlich zum Nuklearen Entsorgungszentrum untersucht als Endlager für radioaktiven Sperrmüll aus stillgelegten Reaktoren. Technisch wichtig war die Förderkorbbreite. Für anderen Atom Müll wurde KONRAD ausgeschlossen, weil nach offizieller (BRD-)Wissenschaftsmeinung nur Salzstöcke für anderen Atom Müll geeignet seien. Trotz heftiger wissenschaftlicher Kritik wurde am 31. August 1982 ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet, das bis heute läuft. Währenddessen wurde, in dem Maße, wie sich andere Einrichtungen nicht realisieren ließen, KONRAD für immer größere Müllarten für geeignet erklärt. Dies erfolgte definitorisch, also scheinbar wissenschaftlich. Heute wird davon ausgegangen, daß KONRAD 95% des Atom Müllvolumens der BRD aufnehmen soll, die zwar als schwach- und mittelaktiv bezeichnet werden und ihre Umgebung nicht mehr als 3 Grad erwärmen dürfen, die aber auch gefährliche Substanzen, etwa plutoniumhaltige Abfälle aus der Wiederaufarbeitung enthalten. Bis zum Jahr 2000 sollen in der BRD 194 000 m<sup>3</sup> anfallen, KONRAD ist jedoch für 650 000 m<sup>3</sup> ausgelegt. Dies wirft die Frage nach der Europäisierung auf.



## Europäisierung der Energiewirtschaft

Der Anlagenbau (Siemens/KWU) geht davon aus, daß es auf absehbare Zeit weder in der BRD noch weltweit einen Zubaugeschäft mit Atomreaktoren gibt. In der BRD wird die Atomtechnologie politisch nicht akzeptiert, andererseits wächst der Energiebedarf nicht mehr nennenswert. In dieser Situation müssen Anlagenbau und Energiewirtschaft, beide verfügen über hohen Kapitalbestand, neue Konzeptionen finden. Die gegenwärtige Entwicklung läßt sich als Bildung eines deutsch-französischen Energiemonopols vor 1992 bezeichnen. Deutsches Kapital der Energiewirtschaft und französische Atomstrom-überkapazitäten tun sich zusammen, wobei der französische Atomstrom nur deshalb so billig ist, weil der Strompreis des staatlichen Energieunternehmens staatlich festgelegt und subventioniert ist und das Unternehmen selber einen hohen Schuldenstand hat. Ähnliche Entwicklung im Anlagenbau. Technisch können infrastrukturelle Anlagen gemeinsam genutzt werden. Dabei bietet sich die laufende französische Wiederaufarbeitungsanlage an und die deutschen Endlagerstandorte. Zwar wird politisch behauptet, die Endlagerung bleibe in nationale Verantwortung, im Umweltausschuß des Bundestages mußte Umweltminister Töpfer im Mai jedoch einräumen, daß diese Rechtsposition nach 1992 "keine einklagbare Größenordnung" sei. KONRAD könnte frühestens 1993/94 in Betrieb gehen und es liegt im Interesse der bundesdeutschen Energieunternehmen, die großen Hohlraumkapazitäten gewinnbringend zu vermarkten.

Es könnte also die absurde Situation entstehen, daß durch den Betrieb von KONRAD der Betrieb französischer Atomreaktoren ermöglicht wird, die ihren Strom in die BRD liefern, hier aber politisch nicht durchsetzungsfähig wären.

## Wiederaufarbeitung

Die Wiederaufarbeitung ist eigentlich keine Entsorgungstechnologie. Die Radioaktivität wird nicht reduziert, daß Atommüllvolumen jedoch verdreifacht. Die Energiewirtschaft hat kein Interesse an dieser Technologie, weil sie viel teurer ist, als Uran auf dem Weltmarkt (2500,-DM/kg wiederverwertbarer Brennstoffmaterialien, 1500,- DM/kg Natururan). Im Atomgesetz wird die Energiewirtschaft jedoch zur Wiederaufarbeitung verpflichtet. Hierfür erscheinen zwei Gründe denkbar:

- \* Für das früher mal erwartete Exportgeschäft wollte der Bund die Verfügbarkeit der gesamten Atomtechnologie nachweisen, und
- \* über die in der Wiederaufarbeitung anfallenden Stoffe, v.a. Plutonium, behält der Bund die technische Voraussetzung für später mögliche Atombewaffnung.

Die Wiederaufarbeitungstechnologie ist jedoch besonders gefährlich und technisch schwer handhabbar. 34% der Abfälle, die in KONRAD eingelagert werden sollen, kommen aus der Wiederaufarbeitung.

## Die Position der Gewerkschaften

Aufgrund der gewachsenen Kritik an der Atomenergienutzung und den Erfahrungen von Tschernobyl hat der 13. ordentliche DGB-Bundeskongreß die Haltung des DGB zur Atomenergie neu bestimmt. Der Beschluß zielt auf einen möglichst raschen, sozialverträglichen Verzicht auf die Atomenergie im Rahmen einer Neuorientierung der Energiepolitik.

Auf dieser Grundlage hat die Vertreterversammlung der IG Metall Salzgit-ter am 23. Januar 1988 einen prinzipiellen Beschluß gegen das geplante Atommüllendlager KONRAD gefaßt und den DGB aufgefordert, stärkeren politischen Druck gegen die Atomenergienutzung zu entfalten.



## 2. Gefahrenpotential

Es geht um die Frage, unter welchen Bedingungen und in welchem Umkreis Mensch und Natur beim Betrieb der Anlage und bei besonderen Vorkommnissen zusätzlichen radioaktiven Belastungen ausgesetzt sein können und welche Folgen dies hätte. Dabei ist vorweg klarzustellen, daß die Gefahren, die vom Betrieb der Anlage KONRAD ausgehen würde, nicht vergleichbar sind mit Atomexplosionen, Reaktorkatastrophen oder schweren Unfällen in der Wiederaufarbeitung, die halb Mitteleuropa verseuchen könnten. Trotzdem ist diese Frage für die Betroffenen vor Ort sehr wichtig. Sie kann jedoch nur abgeschätzt werden, weil sich die Bund, Land und Betreiber weigern, die Daten ihrer Untersuchungen zugänglich zu machen und nur interpretierte Ergebnisse veröffentlichen. Bewertungen liegen durch die Gutachten vor, die die Stadt Salzgitter eingeholt hat.

### Normalbetrieb

Von der radioaktiven Belastung im Normalbetrieb sind v.a. die Kollegen betroffen, die auf KONRAD arbeiten, allerdings auch Kollegen, die im direkten Umkreis arbeiten (Abluft, Direktstrahlung vom Pufferlager). Für beide Personengruppen gibt es unterschiedliche Grenzwerte, die wohl nicht überschritten werden, zumal die hohe Radonbelastung des Erzes unter Tage nicht berücksichtigt wird. In der Wissenschaft ist die "Grenzwertproblematik" jedoch strittig, d.h. die Frage, ob es überhaupt einen Schwellenwert gibt, unter dem Radioaktivität ungefährlich ist. Einige Wissenschaftler gehen sogar davon aus, daß die Wirkung geringer Dosen radioaktiver Strahlen besonders gefährlich ist (andere Wirkungsmechanismen).

### Unfälle bei der Einlagerung

Bei Unfällen kann es zu höherer radioaktiver Belastung kommen. Hierbei ist wichtig, wie diese Unfälle aussehen und was für Abfallstoffe betroffen sind. Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt geht davon aus, daß solche Belastungen im Rahmen der Grenzwerte für Störfälle liegen. Die Gruppe Ökologie Hannover hat Unfallsituationen durchgerechnet, bei denen diese Grenzwerte sogar überschritten werden.

### Brand im "Pufferlager"

Das Pufferlager am Schacht dient als Stauraum, falls aus betriebstechnischen Gründen Verzögerungen auftreten und ist für 154 Transporteinheiten ausgelegt. Praktisch kann es zu einem zusätzlichen Zwischenlager werden. Für Brände, an denen mindestens 15 Transporteinheiten beteiligt sind, hat die Gruppe Ökologie erhebliche radioaktive Belastungen noch für die Gemeinde Vechelde errechnet (Überschreitung der Störfallgrenzwerte).

### Transport

Ein prinzipielles Problem ist der Antransport. KONRAD wird mit Abstand die meisten Atommülltransporte (Gefahrenhäufung) auf sich ziehen. Deshalb wird gefordert, die Transportproblematik zum Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens zu machen. Es wird von 80% Bahntransporten ausgegangen, die im Regelzugverkehr laufen und in Seelze und Braunschweig umgestellt werden. Bei fließendem Verkehr ist die Gefährdung relativ unbedeutsam, nicht jedoch, wenn Züge längere Zeit stehen oder sich Unfälle ereignen. Die Gruppe Ökologie hat für die Gemeinde Vechelde Unfallmöglichkeiten durchgerechnet, die zu einer erheblichen radioaktiven Verseuchung führen können.

siehe hierzu Anlage nächste Seite → → →



Anlage:  
Auszug aus der Zusammenfassung der gutachterlichen Stellungnahme der GRUPE ÖKOLOGIE  
für die Gemeinde Vechelde.

- 5 -

13. Bei der Unfallkategorie mit den größten Freisetzungen kommt es durch Inhalation von Plutonium zu erheblichen Knochen-  
dosiswerten; der Störfallgrenzwert der Strahlenschutzverordnung (30 cSv) kann noch in Entfernungen von einigen 100 m überschritten werden. Es kommt zu hohen Plutoniumkonzentrationen auf dem Boden. Auch im Falle eines Abfallgebindes mit Cäsium-Inventar sind starke Bodenverseuchungen durch Ablagerung von Radionukliden zu befürchten (Störfallgrenzwert für Ganzkörperbelastung wird durch Cäsium-Bodenstrahlung noch in 1,5 km Entfernung überschritten). Bei der Variante mit Strontium-Inventar sind durch Verzehr radioaktiv belasteter Nahrungsmittel erhebliche Grenzwertüberschreitungen möglich, selbst wenn im Jahr des Unfalles sämtliche in einem Umkreis von 2 km erzeugten Lebensmittel vernichtet werden.
14. Ein Schutz vor der Strahlenbelastung durch Inhalation ist kaum möglich. Schutzmaßnahmen vor Bodenstrahlung und Verzehr radioaktiver Lebensmittel können und müssen ergriffen werden. Sie bedeuten jedoch schwerwiegende Eingriffe in das Leben der Bevölkerung: Räumung von Gebieten, Umsiedlung von Ortschaften, Abtragen der obersten Bodenschichten, Verbote für landwirtschaftliche Nutzung...
15. Bei der häufigsten Unfallkategorie, mit geringeren, bodennahen Freisetzungen, sind die Auswirkungen in nächster Nähe des Unfallortes (bis zu 50 - 100 m) noch erheblich schwerer als bei dem oben genannten Unfall, da sich die radioaktive Wolke in konzentrierter Form knapp über der Erdoberfläche ausbreitet. Im Nahbereich werden Störfallgrenzwerte der Strahlenschutzverordnung bei allen drei Inventar-Varianten weit überschritten. Die radioaktive Bodenkontamination ist so groß, daß fraglich ist, ob diese Gebiete auch nach aufwendigen Dekontaminationsverfahren (Neueindecken von Dächern, Neubelegen von Straßen und Plätzen, Sandstrahlen von Wänden) überhaupt wieder genutzt werden können. In 1 km Entfernung vom Unfallort (das entspricht z. B. der Entfernung des Vechelder Rathauses von der Bahn) haben die Belastungen durch Inhalation und Bodenstrahlung stark abgenommen; es besteht aber noch eine nicht unerhebliche Bodenkontamination mit Plutonium bzw. Cäsium.
16. Bei einem solchen Unfall erfolgt die gesamte radioaktive Freisetzung schlagartig. Die Menschen in der Umgebung sind damit der Inhalation radioaktiver Stoffe sowie der Verstrahlung von außen ausgesetzt, bevor überhaupt deutlich wird, was abläuft.
17. Bei der Untersuchung von Störfällen im Anlagenbereich von Schacht Konrad selbst sind vor allem Brände von Bedeutung. Es wurden Brände im Freien, in Hallen über Tage sowie unter Tage untersucht. Bei Störfällen mit rein mechanischer Einwirkung ist damit zu rechnen, daß auf Vechelder Gemeindegebiet die Störfallgrenzwerte der Strahlenschutzverordnung nicht überschritten werden.
18. Die Unfallfolgenabschätzung zeigt, daß es bei einem Brand in der Pufferhalle oder Umlade- und Schachthalle im ungünstigsten Fall zur Überschreitung von Störfallgrenzwerten auf Vechelder Gemeindegebiet kommen kann, wenn 15 oder mehr Transporteinheiten betroffen sind (in der Pufferhalle lagern maximal 154 TE; in der Umlade- und den Schachthallen können sich während des Betriebes über 20 TE befinden).
19. Die Überprüfung der Frage, ob vom geplanten Endlager Schacht Konrad langfristig Belange der Gemeinde Vechelde betroffen werden können, führt zu folgendem Ergebnis:  
Der unzureichende Kenntnisstand über die geologischen Verhältnisse nördlich der engeren Standortregion, und hierbei speziell im östlichen Randbereich des Salzstocks Vechelde, lassen die Realitätsnähe der Grundwassermodellierung sowie der auf dieser aufbauenden Modellierung des Radionuklidtransports in diesem Bereich fraglich erscheinen.  
Gleichmaßen unzureichend ist die Repräsentativität und die Belastbarkeit wesentlicher in die Ausbreitungsrechnungen eingehender Parameter (v. a. Sorption, Durchlässigkeit).

- 4 -



### Synergismen

In der Wissenschaft verstärkt sich die Auseinandersetzung um das Zusammenwirken unterschiedlicher Schadstoffe, sog. "Synergismen". Dabei geht es sowohl um die Frage, wie verschiedene Stoffe sich verhalten, wenn sie zusammentreffen, als auch darum, welche Auswirkungen es auf den einzelnen Menschen hat, wenn er regelmässig unterschiedlichen Schadstoffen ausgesetzt ist. Dabei geht es nicht nur um Fragen der Häufigkeit von Krebs, genetische Schäden, usw., sondern um die allgemeine Schwächung des Organismus und der Fähigkeit des menschlichen Körpers, auf Fremdstoffe flexibel und angemessen zu reagieren. Gerade in der belasteten Industrieregion Salzgitter ist diese Frage von besonderer Bedeutung und es ist durchaus sinnvoll, ihre Behandlung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zu fordern.

### Arten der Gefährdung

Die Gefahren, die durch zusätzliche radioaktive Belastungen durch KONRAD auftreten können, sind Langzeitwirkungen. Insbesondere: Steigerung der Krebshäufigkeit und genetische Schädigungen, sowie Schwächung des Organismus mit dann plötzlich auftretenden (diffusen) Wirkungen. Ihre Beurteilung ist schwierig, weil sie sich der Wahrnehmung durch unsere Sinne entzieht und nur abgeleitet werden kann.

Im Gesamtzusammenhang der Auseinandersetzung um KONRAD ist jedoch auch zu fragen, ob der Betrieb von KONRAD nicht Betrieb weitaus gefährlicherer Anlagen erst möglich macht, und man mit KONRAD zugleich den Betrieb dieser gefährlicheren Anlagen akzeptieren bzw. erst möglich machen würde.



### 3. Strukturelle Probleme

Die Industrieregion Braunschweig/Salzgitter/Peine ist in ihrer Strukturentwicklung geprägt durch ihre Randlage in der BRD (und mehr noch in der EG) und den Abbau des produzierten Sektors. Ein Ausgleich, z.B. durch Zuwachs im Dienstleistungssektor, ist nicht in Sicht. Lediglich in Braunschweig konnte durch die Ansiedlungen im Elektronik- und Forschungsbereich ein Ausgleich geschaffen werden. Unter diesen Gesichtspunkten ist die Bedeutung von KONRAD für die Wirtschaftsstruktur zu diskutieren.

#### Direkte Arbeitsplatzwirkung

Es wird davon ausgegangen, daß auf KONRAD durch Erzabbau und Einlagerung 300 Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Bei weiterhin zu erwartenden Rationalisierungen im Abbau, ist die Zahl eher noch niedriger anzunehmen. Die Stadt Salzgitter hat dazu erklärt, diese Größenordnung sei so gering, daß sie ggfs. ein größeres Risiko nicht aufwiegen könnte. Hinzu kommt die Einrichtung des Strahlenschutz Bundesamtes. Hier werden jedoch kaum neue Arbeitsplätze geschaffen (nur Technik und Verwaltung), sondern Dienststellen des Bundes, z.B. auch aus Braunschweig zusammengezogen.

#### Indirekte Wirkung

Die indirekte Wirkung der Anlage wirkt insbesondere über das Image, das die gesamte Region durch KONRAD erhalten würde. Das schweizer PROGNOS-Institut hat in einer Studie über die strukturelle Wirkung des damals im strukturschwachen Kreis Lüchow-Dannenberg geplanten Entsorgungszentrum festgestellt, die Auswirkung auf die Strukturentwicklung sei über die direkte Arbeitsplatzwirkung hinaus negativ. Entgegen der politischen Behauptung, dies sei Hochtechnologie und ziehe Betriebe im Forschungs- und Entwicklungsbereich nach sich, sehen Betriebe in ihrer Standortwahl solche Anlagen als negativ an, zumal wenn es sich um sensible und "saubere" Produkte handelt (z.B. Elektronik). Beim Bau des Atomreaktor in Grohnde klagte z.B. eine Pharmazeutische Fabrik aus der näheren Umgebung, weil sie Umsatzeinbußen befürchtete.

Umsatzeinbußen sind ebenfalls zu erwarten im landwirtschaftlichen Bereich und unabhängig von der tatsächlichen Strahlenbelastung.

Schon jetzt zeichnen sich Fälle von Wertminderung an Privathäuser ab.

Insgesamt dürfte die Lebens- und Freizeitqualität in der Region sinken, ein Faktor, der zwar die BewohnerInnen der Region betrifft, aber auch ein wesentliches Kriterium für die Ansiedlungen von neuen Firmen ist, weil insbesondere gutbezahlte Angestellte, Wissenschaftler und Techniker auf diesen Aspekt wert legen.

Kaum erfolgreich dürfte auch der Versuch der Stadt Salzgitter sein, sich wieder stärker als Kurort zu präsentieren, wenn der Name Salzgitter mit Atommüll verbunden ist.



#### 4. Zur aktuellen Lage

##### Das Planfeststellungsverfahren

Für die Sicherstellung der Endlagerung ist der Bund verantwortlich. In seinem Auftrag hat die Physikalisch-Technische Bundesanstalt am 13.8.82 ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet. Der eingereichte Plan muß vom Land geprüft und genehmigt werden. Dies geschieht zunächst intern, indem bewertende Gutachten eingeholt und z.B. betroffenen Behörden und Kommunen befragt werden. Schließlich findet eine öffentliche Auslegung der Planunterlagen statt (z.B. in Salzgitter im Rathaus) und jeder kann kostenfrei sachlich begründete Einwendungen erheben. Diese Einwendungen müssen geprüft und in einem öffentlichen Brörterungstermin, bei dem die EinwenderInnen gehört werden müssen, erörtert werden. Erst hiernach kann ein Planfeststellungsbeschluß ergehen.

Die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD wird in einer *Sammeleinwendung* alle Aspekte der Kritik an KONRAD zusammenfassen. Wer später ggfs. gegen den Betrieb der Anlage klagen will, was sehr teuer ist, sollte eine sehr präzise persönliche Einwendung formulieren. Zur BürgerInnenberatung wird die IG Metall, gemeinsam mit der AG Schacht KONRAD im DGB-Haus während der Auslegung eine Sprechstunde einrichten.

Bisher hat sich das Verfahren und die Auslegung um schon um mehrere Jahre verzögert, weil die Planunterlagen nachgebessert und verändert werden mußten. Zuletzt war die Auslegung für den 29. Mai 1989 angekündigt.

##### Die Verschiebung der öffentlichen Planauslegung

Auf Intervention von Ministerpräsident Albrecht wurde die für den 29. Mai geplante öffentliche Auslegung der Planunterlagen ausgesetzt und es erscheint fraglich, ob sie noch vor der Landtagswahl stattfinden wird. Ursachen für die aktuelle Auseinandersetzung sind:

- \* Ministerpräsident Albrecht will zum Ausgleich für die umstrittenen Projekte Gorleben und KONRAD vom Bund Ausgleichsleistungen über mehrere Milliarden Mark zugesichert bekommen (60 Millionen jährlich in bar, Transrapid nach Niedersachsen, Emslandförderung, usw.). Offensichtlich soll unsere Region verkauft werden.
- \* Ganz offensichtlich ist das Entsorgungskonzept zusammengebrochen, die SPD ist nichtmehr bereit, das Flickwerk mitzutragen, bei dem KONRAD plötzlich eine tragende Rolle ("Krücke des Atomprogrammes") zukommt.
- \* Die Europäisierung der Atomwirtschaft läßt als wahrscheinlich erscheinen, daß bundesdeutsche Endlager europäische Endlager werden, mithin nicht als Teil als Ausstiegskonzeptes betrachtet werden können, sondern den Weiterbetrieb von Atomanlagen absichern sollen.

##### Landtagsdiskussion

Der Landtag hat das KONRAD Verfahren am 14. Juni in einer heftigen Debatte beraten. Mit getrennten Begründungen sprachen sich dabei beide Oppositionsfraktionen für den Abbruch des Verfahrens aus.

Es ist völlig offen, wie und in welchen Zeiträumen sich diese Auseinandersetzung weiterentwickeln wird, in jedem Falle geht sie zu Lasten unserer Region. Wichtig ist, im Gesamtzusammenhang Atomenergie-Entsorgung-KONRAD Stellung zu beziehen. Bisherige Stellungnahmen von Kommunen, Verbänden und zuletzt dem SPD-Bezirk Braunschweig, haben es der Landesregierung schwer gemacht, KONRAD einfach durchzuziehen. Am konsequentesten ist die Forderung, das Verfahren abubrechen, und sich erst nach Stilllegung aller Atomanlagen, ohne Sachzwänge, unter geänderten Sicherheitskriterien und unter dem nötigen Mitteleinsatz an die Erforschung des am we-